



Wahlprogramm

Wählergemeinschaft
bürgerforumwitten
Gerichtsstraße 3, 58452 Witten
Telefon 02302 40194-00
www.buergerforum-witten.de
buergerforum@rat-witten.de

Wir alle für Witten

Gemeinschaft – statt Spaltung

Präambel

Witten gehört uns Bürgerinnen und Bürgern.

Wittens größte Stärke sind die Menschen, die in Witten leben und arbeiten. Fast 100.000, wovon es sehr Viele gibt, die sich engagieren.

Ganz grundsätzlich: wer sich aktiv einbringt und für die Gesellschaft und das soziale Gefüge engagiert, der leistet wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl und stärkt unsere Demokratie.

Witten muss sich dem gesellschaftlichen Wandel stellen und mit kreativer Kraft das Neue gestalten. Als ehemalige Bergbau- und Stahlstadt muss sich Witten zur Stadt der Dienstleistungen und als Universitätsstadt weiterentwickeln. So bildet für die Zukunft die Universität mit ihrem Schwerpunkt der medizinischen Ausbildung zusammen mit dem Gemeinschaftskrankenhaus in Herdecke, den Wittener Kliniken, dem Zahnärztlichen Behandlungszentrum, zahlreichen medizinischen Zentren und Praxen sowie dem Forschungs- und Entwicklungszentrum einen Schwerpunkt der Weiterentwicklung, vor allem im Gesundheitsbereich. Man sieht heute, wie sich das städtische Leben darüber hinaus auch im Kulturbereich und im Wiesenviertel durch den studentischen Einfluss verändert. Hierin liegt unsere Zukunft, die vielfältiger, bunter und jünger sein wird!

Gleichwohl haben wir alle Menschen im Blick und setzen uns z.B. ein für die Rechte von Einwohnern mit Einschränkungen und besonders unsere Seniorinnen und Senioren.

All diese kommunalen Themen sind aber bestimmt von Menschheitsfragen wie Klima, Frieden, Völkerverständigung: Wir leben in einer globalisierten Welt und müssen global denken – lokal handeln. Das bürgerforumwitten unterstützt demokratiefördernde Prozesse, auch schon für Kinder und Jugendliche, unterstützt die vielfältigen Städtepartnerschaften unserer Stadt und Initiativen für mehr Toleranz und Anti-Rassismus. Wir brauchen eine maßvolle Migration, Fachkräfte fehlen.

Der Wittener Stadtrat ist zersplittert. Es gibt bereits jetzt 10 Fraktionen, die nach wie vor im Lagerdenken rechts-links verharren, oftmals im Parteienegoismus und Konkurrenzverhalten verstrickt. Wir stehen für eine pragmatische und sachorientierte Bündnispolitik. So haben wir Anträge mit möglichst vielen anderen Parteien des demokratischen Spektrums beschlossen: zum Hammerteich, zu Mekelle und der Ukraine, bei der Wohnbauflächenanalyse und beim Masterplan Verkehr. Wir waren daneben erfolgreich mit der Bürgerinitiative Waldstraße, mit 3500 Unterschriften gegen eine Vollsperrung der Herbeder Brücken, dem freien Eintritt ins Museum und dem Kulturfördertopf. Wir stehen für themenbezogene Bündnisse und Zusammenarbeit, anders lässt sich in Witten nichts bewegen, anders lässt sich der Spaltung nicht entgegenwirken.

Wir unterstützen ebenso diese Projekte: Wittener Bündnis für Frauenrechte, die neue BürgerRatInitiative, Autofreier Tag, Klimaallianz, Dachpark Innenstadt, Etiopia Witten, Kursk, Lew Hasharon.

Witten braucht eine aktive, engagierte Bürgerschaft, die Stadt gehört ihren Bürgerinnen und Bürgern. Wählt am 14.09.2025 das bürgerforumwitten ins Rathaus!

Gemeinsam gegen Spaltung! Kreative Alternative statt Verwalten des Alten!

Wir alle für Witten!

I. Zukunft.

Unsere Zukunft ist durch mehrere Probleme gekennzeichnet:

- 1. Zuallererst ist da die Klimakatastrophe,** die immer deutlicher das größte Problem ist, weil dadurch alle Lebensgrundlagen betroffen sind. 2024 war die Erwärmung bereits bei 1,65 Grad, bei 2 Grad ist der Kipppunkt erreicht, ab dem eine Umkehr nicht mehr möglich ist. Alle müssen weltweit daran arbeiten. In Witten konkret müssen wir unsere Möglichkeiten nutzen, den CO₂ -Ausstoß als wichtigste Ursache zu verringern, stärker und massiver, schneller und besser.
=> mehr Grünflächen an Fassaden, auf Dächern, Plätzen und Straßen; Energiefragen und die Verkehrswende sind ebenfalls Hauptaufgaben, die zu bewältigen sind. (Näheres in den Einzelkapiteln)
- 2. Das zweite große Problem sind die Investitionen in Betreuung und Bildung.**
Deutschlands und Wittens Zukunft wird nicht durch Landwirtschaft und Rohstoffe geprägt sein, unser Reichtum sind die Bildung und Intelligenz der Menschen. Bau, Ausstattung und Qualität von Kitas und Schulen sind -wie PISA zeigt- erheblich zu verbessern.
=> Das bereits beschlossene Schulsanierungsprogramm von 200 Millionen muss zügig umgesetzt werden. Erzieherinnen müssen besser bezahlt werden.
- 3. An dritter Stelle sind die anderen Infrastrukturprobleme zu nennen, die Bahn-, Brücken- und Kanalsanierung.**
Der Abzweig von den Herbeder Brücken muss sofort und prioritär geplant und gebaut werden, wie es die 3500 Unterschriften unter den Plan des Arbeitskreises in Herbede fordern.
Ein Gesamtkonzept soll in einer Bürgerwerkstatt erarbeitet werden.
- 4. Die Schulden sind das vierte große Problem.** Es spricht Vieles dafür, die notwendigen Investitionen für Klima, Bildung und Infrastruktur vorrangig zu tätigen, weil sie noch wichtiger sind für die Zukunftsfähigkeit als das fehlende Geld. Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte ist weltweit gegeben und ist nicht unser entscheidendes Kriterium. Nicht nur Witten, sondern alle öffentlichen Haushalte haben Riesenschuldenberge, die Städte und Gemeinden, das Land und der Bund, im Grunde alle Staaten in Europa und der Welt: die USA hat eine doppelt so hohe Quote, Japan sogar 4-mal so viel.
Die Altschulden, die Witten angehäuft hat, belaufen sich auf rd. 350.000.000 €, hervorgerufen durch die Finanzierung von landes- und bundesweiten Aufgaben, wie z.B. die U-2 und U 3-Betreuung, die Unterbringung von Flüchtlingen und den Ausbau der Offenen Ganztagschule. Dafür zahlen aber weder NRW noch der Bund das entsprechende Geld. Diese Altschulden liegen komplett in der Verantwortung der großen Parteien, SPD, CDU, FDP und GRÜNEN, sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Das Konnexitätsprinzip, wonach Aufgaben und Finanzierung zusammengehören und derjenige bezahlt, der das jeweilige Gesetz beschließt, muss wieder gelten. Ein Schuldenschnitt, der von diesen Altlasten befreit, ist dringend notwendig, wie vom Städtetag und dem Bündnis „Raus aus den Schulden“ gefordert wird. Seit mehr als 15 Jahren wird immer wieder vertröstet, außer Versprechen und Papieren geschieht nichts. Wir lehnen ein „weiter so“ grundsätzlich und konsequent ab. Nur so können wir Druck machen für eine Lösung.

5. Steuern, Abgaben und Gebühren.

Weil uns die Menschen in Witten das Wichtigste sind, sind auch die Abgaben wichtig, die wir zahlen. Die Grundsteuer wird auf alle Mieter umgelegt, ebenso Straßengebühren, Entwässerung etc. Nur ein Teil dieser Abgaben liegt in Wittener Hand, das meiste bestimmen der Bund, das Land und der Kreis.

Witten selber hat kein Geld, der Bürgermeister formuliert sogar „Witten ist pleite!“.

Die städtische Finanzlage ist äußerst prekär und wird durch die Krise noch verschärft. Der Kämmerer plant weitere 400 Millionen Schulden bis 2035.

Durch den Hebesatz von 910 Punkten war Witten jahrelang bundesweit eine der teuersten Kommunen, was die Grundsteuer B angeht. Jetzt ist eine Erhöhung auf 1110 Punkte beschlossen fürs Wohnen und 1896 für andere Grundstücke, höher als in den Nachbarstädten und der Region!

Hier zahlen Wittener zu hohe Steuern und Gebühren!

Deshalb haben wir als 1. Fraktion im Stadtrat jetzt NEIN zum städtischen Haushalt gesagt. Wie teuer kann Witten sein?

Die einzig denkbare langfristige Perspektive ist, dass alle Steuern und Abgaben in Witten niedriger sind als im Umland, sodass Ansiedlungen jeglicher Art wieder attraktiv sind.

Der Hebesatz B, muss auf das Durchschnittsniveau im Ruhrgebiet gesenkt werden, ebenso die Gewerbesteuer, die auf das Niveau des EN-Kreises zu reduzieren ist.

Die Stadt Witten muss sowohl beim eigenen Haushalt als auch in allen Organisationen, Firmen, Ausschüssen und Unternehmen, in denen sie Einfluss hat, dafür sorgen, dass die Steuern und Gebühren dem Niveau der Nachbarstädte mittelfristig angeglichen werden.

Die Steuersätze in Witten müssen dem Durchschnittsniveau des Ruhrgebiets entsprechen!

Deshalb lehnen wir als Sofortmaßnahme jegliche Erhöhung von Gebühren und Abgaben in Witten ab, Energiepreise, Abfallgebühren, Hundesteuer etc. zählen in besonderem Maße dazu.

II. Global.

Wir in der Welt, die Welt bei uns.

In einer globalisierten Welt werden Nahrung, Kleidung, Spielsachen und Technik weltweit produziert und transportiert. Viel Ungerechtigkeiten, ein zerstörerischer Raubbau und oft unwiederbringliche Naturzerstörung sind damit verbunden.

Global organisierte Kartelle lassen dort produzieren, wo es am billigsten ist. Das geht zu Lasten der Umwelt und die lokalen Einkommen reichen selten für das Existenzminimum. Dieses verantwortungslose Handeln sieht man den Produkten nicht an.

Die Überproduktion führt zu Bergen an Wohlstandsmüll, der dann wiederum in Ländern der sog. Dritten Welt entsorgt wird.

Das Internet schafft die totale Vernetzung. Menschen auf der Flucht vor Krieg, Elend, Klimakatastrophen und nicht zuletzt die Corona-Krise haben uns allen vor Augen geführt: die globalen Zusammenhänge bestimmen unser Leben.

Die Auswirkungen machen nicht vor einer Ländergrenze halt. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse und gerechte Strukturen sind Voraussetzung dafür, diese negativen Folgen zu vermeiden.

Das Lieferkettengesetz ist dringend erforderlich und kann nur ein erster Schritt in diese Richtung sein.

Deutschland gilt als Exportweltmeister und Europameister bei den Importen. Da unsere gesellschaftliche Produktion und das private Konsumieren diese Prozesse direkt mit

bewirken, ist es nur logisch, auch bei den Menschheitsfragen und globalen Problemen zu beginnen. Von hier aus wird bestimmt, wie wir in Zukunft leben wollen.

Global denken – lokal handeln.

Deshalb stellen wir die weltweiten Fragen voran.

1. Klima

Das Klima verhandelt nicht, es wird durch uns bestimmt.

Um der klimabedingten Erderwärmung zu begegnen, müssen wir auch bei uns in Witten den CO₂-Ausstoß möglichst schnell auf null reduzieren.

Das betrifft alle Sektoren wie Individual- und öffentlichen Verkehr, die Industrie, öffentliche und private Gebäude.

Gleichzeitig ist es notwendig, die bisher eingetretenen Folgen der Erderwärmung abzumildern. Flächenentsiegelung (Schwammstadt) und Wasserreservoirs, Dach- und Fassadenbegrünungen, artenreiche Grünflächen und Bäume sind hier nur einige Beispiele. Es betrifft auch den Umbau der Land- und Forstwirtschaft in Richtung Vielfalt und Widerstandsfähigkeit, sowie die Renaturierung von Flüssen, Bächen und großen Teilen der Landschaft.

Vor der Menschheit steht die Frage, ob wir durch unser Handeln der Erde nicht nur nicht schaden, sondern ob wir sie zukünftig sogar klimapositiv und naturgerecht gestalten wollen und können.

Welche Handlungsnotwendigkeiten sich daraus für die Stadt Witten ergeben, wird im Einzelnen bei den Themen Gesundheit, Stadtentwicklung und Verkehr beschrieben.

2. Flucht und Krieg

Nur eine Welt ohne Krieg ist vernünftig und achtet die Menschenwürde.

Die zunehmenden Kriege – um nur einige zu nennen: in der Ukraine, im Nahen Osten, im Iran, Jemen und im Sudan – stellen die Welt vor immer größere Herausforderungen. Auch die wachsende Zahl autokratisch regierter Staaten sowie der Klimawandel tragen zu den Fluchtursachen bei.

Im Angesicht jahrelanger Friedensforschung ist die Rückkehr zu einer martialischen Kriegsrhetorik nicht geboten. Waffen schaffen keinen Frieden, solange sie sprechen, sind ihr einziges Ziel Tod und Zerstörung. Erst wenn sie schweigen, ist Freiheit in Frieden möglich. Der Wille der Bürger eines souveränen Staates, diese Freiheit zu verteidigen, ist nur verständlich. Verteidigungsfähigkeit, aber nicht Kriegstüchtigkeit ist dafür notwendig. Unterstützung zum Erhalt der Souveränität, des Friedens und der Freiheit ist Aufgabe aller freiheitsliebenden Staaten. Krieg kennt keine Gewinner, denn wer sollte angesichts der Zerstörung und der vielen Toten auf beiden Seiten Gewinner sein?

Wohin soll das Wettrüsten führen? Anstatt immer weiter aufzurüsten sind Klugheit, Kreativität und Diplomatie gefordert, um Waffenstillstand, Abrüstung und Frieden zu erreichen.

Unsere Verantwortung bezieht die Flüchtlingsfrage mit ein, das Asylrecht und alle Folgen von Ungerechtigkeiten und Kriegen.

Auch die zerstörerischen Folgen der durch die Industriestaaten verursachten Erderwärmung zwingen Menschen zur Flucht.

Zur Verantwortung der Weltgemeinschaft wird es in Zukunft gehören, diese Menschen mit den gleichen Rechten auszustatten, die sich an das internationale Asylrecht anlehnen. Das Recht auf Asyl darf weder aufgeweicht noch angetastet werden.

3. Fair-Trade

Gerechter Handel steht für neue Wege der Produktion, des Transports und des Verbrauchs. Im Zentrum steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und die Natur. Wir brauchen faire Arbeitsbedingungen, gesunde und kreislauffähige Produkte und respektvollen Umgang mit der Natur.

Produkte, die mit Kinderarbeit, Ausbeutung von Menschen und dem Raubbau an der Natur hergestellt werden, müssen bei der öffentlichen Vergabepaxis ausgeschlossen werden.

Dazu hat sich die Stadt Witten mit der Unterzeichnung der „Magna Charta Ruhr“ bereits 2010 verpflichtet. Witten ist offiziell Fair-Trade-Town. Es wird Zeit, dass Witten in der gesamten Beschaffung sich konsequent am gerechten Welthandel orientiert.

Alles muss auf den Prüfstand, angefangen beim Papier, Büromaterial, Kaffee, über Textilien, Baumaterial usw.

Ein übergreifendes Beschaffungsmanagement sollte dafür in der Verwaltung etabliert werden.

4. Städtepartnerschaften

In Witten leben Menschen aus über 100 Nationen, wir pflegen unsere internationalen Beziehungen. Die 9 Städtepartnerschaften sollen weiter bestehen und wo möglich ausgebaut und mit Leben gefüllt werden.

Als bürgerforumwitten pflegen wir besonders die Freundschaften zu Mekele in Äthiopien, zu Lew Hasharon in Israel und Kursk in Russland, ohne die Beziehungen zu anderen Städten abwerten zu wollen.

Dieser internationale Austausch intensiviert unsere menschlichen Begegnungen, fördert das Bewusstsein für die globalen Verflechtungen und ist notwendig, um unsere privilegierte Situation zu verstehen und unser Handeln so verändern zu können, dass mehr Gerechtigkeit herrscht.

Die Partnerschaften und Erklärungen wollen mit Leben gefüllt werden, um einen Brückenschlag zwischen dem Hier und der Welt gelingen zu lassen. Das bürgerforumwitten engagiert sich in diesem Bereich ausdrücklich und fördert die Städtepartnerschaften.

Die Verwaltung sollte die unterzeichneten Erklärungen im alltäglichen Handeln umsetzen und somit einen Beitrag für »Die-Eine-Welt« leisten.

III. Rassismus und Inklusion.

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Rund 20 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund.

In Witten haben über 30% der Menschen eine Migrationsgeschichte.

Trotz zahlreicher Beispiele für gelungene Inklusion geht es vielen Migrantinnen und Migranten nicht gut.

Fast ein Drittel leben in Armut, sind arbeitslos oder arbeiten in prekären Verhältnissen. Und fast die Hälfte haben laut Bundeszentrale für politische Bildung keine Ausbildung.

Das ist nicht im Sinne unseres Grundgesetzes, in dem es heißt, dass „niemand wegen seiner Hautfarbe, und ... Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden darf“ (Art.3 Abs. 3n). Diese demokratischen Rechte wollen wir gegen die Rechten und Faschisten, die sich in der AfD und anderen Organisationen tummeln, verteidigen.

Die Einteilung der Menschheit in Rassen ist wissenschaftlich widerlegt. Die genetischen Unterschiede zwischen Nord- und Südeuropäern sind größer als zwischen Nordafrikanern und Südeuropäern. Die sichtbaren Unterschiede zwischen den Ethnien führen nicht zu objektiv abgrenzbaren Gruppen, da die Übergänge fließend sind. Es besteht kein Zusammenhang zwischen ausgeprägten Körpermerkmalen wie der Hautfarbe, Augenform und anderen Eigenschaften wie Charakter oder Intelligenz.

In Wahrheit offenbart sich immer mehr, dass latenter Rassismus und Ausländerfeindlichkeit bei uns strukturell verbreitet sind.

Rassisten grenzen auch sexuelle Minderheiten (nicht binäre Menschen, LGBTIQ) und Menschen mit Behinderung aus, beleidigen und verunglimpfen sie. Diese Tendenzen sind mittlerweile auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Das muss von uns erkannt und bekämpft werden und in der Erziehung und Bildung beginnen. Unser Schulsystem verfestigt leider teilweise noch Trennung entlang ethnischer Grenzen, es wirkt sich auf Inklusion negativ aus.

Bereits erfolgreich praktizierte Programme wie „Schule ohne Rassismus“ oder „Demokratie leben“ müssen in allen Bildungseinrichtungen zur Pflicht werden und altersgerecht durchgeführt werden.

Gleiche Rechte und Pflichten für alle Menschen, die hier leben, ist unser oberster Maßstab, so wie es auch den Menschenrechten entspricht. Das fängt im Kindergarten und der Schule an, geht über die Ausbildung bis in die Arbeitswelt und zum Wohnen.

Dabei ist nicht Assimilation das angestrebte Ziel, sondern Wahrung der kulturellen Identität, soweit es dem Grundgesetz und seinem freiheitlichen Geist entspricht.

Wir verwenden hier den Begriff der Inklusion anstatt Integration, weil Inklusion nicht nur Menschen mit internationaler Familiengeschichte etwas abverlangt, sondern auch der Einwanderungsgesellschaft.

Ein gegenseitiges aufeinander zu Bewegen auf Augenhöhe ist nötig.

Wir wollen die Gesellschaft so öffnen, dass Einzelne nach Ihren Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnissen daran teilhaben und darin ihre Heimat finden können.

Deutschland braucht ein liberales Einwanderungsgesetz. Um aber dem Rassismus zu begegnen, müssen wir bei uns selbst anfangen. Unser Land braucht zuallererst mehr gelebte demokratische Rechte, eine bessere Schulung und Zusammenarbeit von allen.

Das Bildungssystem muss das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können.

Für eine bessere Inklusion braucht Witten ausreichende Inklusions- und Sprachkurse, Zugang zu Ausbildung und Arbeit, bezahlbare Wohnungen und Stärkung der

Antidiskriminierungsstellen. Die Erfahrung zeigt: je schneller Flüchtlinge in normale Arbeit finden, umso eher lernen sie die Sprache, findet Inklusion, Anerkennung und Akzeptanz statt. Ausländerbehörde, Jobcenter bzw. die Bundesagentur und das Sozialamt Witten sollen alle Migranten aus einer Hand beraten und fördern, zusammen mit dem Integrationsrat.

Wir brauchen ein besseres Mit- und Füreinander.

IV. Demokratie

... will täglich aktiv gestaltet sein.

Die Wahlbeteiligung ist sehr gering. Ein Grund ist, dass viele Menschen von der Politik enttäuscht sind und das Gefühl haben, keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen zu haben.

Die ehemaligen Volksparteien verlieren gleichzeitig immer mehr an Zustimmung. Bei der Vergabe von Ämtern spielen das Parteibuch und die Parteiinteressen oft eine größere Rolle als Kompetenz und die Interessen der Bevölkerung. Die Menschen sind mit Programmen der Parteien nicht mehr so zu mobilisieren, wie es vor Jahren der Fall war. Die Welt hat sich verändert und die Menschen verlangen für komplizierte Sachverhalte einfache, populistische Lösungen. Dies sehen wir als Gefahr für die Demokratie.

1. Engagement von Bürgerinnen und Bürgern.

Wir selbst können Alternativen schaffen.

Anstatt uns enttäuscht von der Politik abzuwenden, können wir uns noch stärker einbringen, uns zusammenschließen und konstruktive Alternativen bieten.

Wenn uns Witten wichtig ist, können wir es nicht bei Kritik dabei belassen. Wir müssen Verantwortung übernehmen und uns stärker einbringen. Ein ehrenamtliches Engagement beinhaltet Vertrauen in eigene Fähigkeiten, ist für die Gesellschaft unverzichtbar und muss entsprechend wertgeschätzt werden.

2. Direkte Demokratie

Die Repräsentative Demokratie, die über die Parteien funktioniert, muss erweitert werden. Elemente der Direkten Demokratie sind zu fördern, soweit sie sich auf dem Boden unseres Grundgesetzes bewegen. Alle Formen Direkter Demokratie fördern das Engagement der Bürger, sie lassen sich nicht mehr passiv einfach regieren, sondern beteiligen sich aktiv an der Gestaltung der Gemeinschaft und der Umwelt. Entscheidend dabei sind Formen wie z.B. Bürgerrat, Bürgerwerkstatt und Bürgerbegehren, aber auch Volksabstimmungen. So sollen zu großen Fragen wie Klima, Verkehr, Herbeder Brücken usw. jeweils eigen Bürgerwerkstätten eingerichtet werden, um in einem Dialog die Kenntnisse und Interessen der Menschen vor Ort zur Geltung kommen zu lassen.

Um aber die sonst schweigende Mehrheit zu erreichen, sollen Bürgerräte eingerichtet werden per Losverfahren, die einen repräsentativen Querschnitt der Bürgerschaft abbilden. Das Konzept der BürgerRatInitiativeWitten (BRIW) ist hierfür eine gute Grundlage.

3. Alle bereits vorhandenen **Preise, Auszeichnungen und Belobigungen, die es für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gibt, sollen erhalten, ausgebaut und höher dotiert werden** – wie der Heimatpreis, die Ehrennadeln der Stadt Witten, Projektförderungen, „Demokratie leben“ etc.

4. Wir wollen zusammen mit Aktiven in Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen handeln, deren Anliegen umsetzen und ehrenamtliches Engagement besonders fördern und wertschätzen.

Gute Beispiele sind die Entwicklungen im Hohenzollern- und Wiesenviertel, der Arbeitskreis Herbeder Brücken, das Wittener Bündnis für Frauenrechte, die Initiative Waldstraße und der Verein Hammerteich.

V. Kinder und Jugend.

Jedes Kind in Witten soll gesund aufwachsen können

– das ist unser Grundsatz und das ist unser Ziel!

Die Wittener Politik muss den Schutz, die Förderung und die Beteiligung der Jüngsten gewährleisten, ressortübergreifend berücksichtigen und sogar in den Mittelpunkt städtischer Maßnahmen stellen.

Wir setzen uns für die Verbesserung der Bildungsangebote und den Zugang zu Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ein. Dazu gehören die Schaffung von mehr Spielplätzen und Freizeiteinrichtungen, die Förderung von offenen Sportangeboten sowie der Ausbau von Jugendzentren, die als sichere Orte für Freizeitgestaltung und gesellschaftliche Teilhabe dienen.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindergärten und Schulen sowie die Bereitstellung von Angeboten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus setzen wir uns für die Optimierung der Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche und für deren Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung ein, etwa durch den Ausbau von Beratungsdiensten und die Förderung von mentaler Gesundheit. Inklusion von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten sozialen Umfeldern ist uns ein Anliegen, um Chancengleichheit und eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Es gibt nichts Wichtigeres! Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft – auch unserer Stadtgesellschaft – deshalb gehört die Verantwortung für die junge Generation zu den Grundlagen der Politik des bürgerforumwitten. Mit dem Kinder- und Jugendparlament haben wir in Witten eine gute Struktur, grundlegende Beteiligung zu ermöglichen; wir setzen uns darüber hinaus für mehr Beteiligungsprojekte ein.

So sollten Foren mit Kindern und Jugendlichen in Zukunft weiterhin in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. Deren Ergebnisse wollen wir kontinuierlich in der Ausschuss- und Ratsarbeit berücksichtigen.

Wir fordern, dass ein Verfahren dazu verbindlich eingeführt wird.

Darüber hinaus sollen VertreterInnen des KiJuPa weiterhin in allen Fachausschüssen beteiligt und gehört werden und das Antragsrecht wahrnehmen können.

1. Konkret fordern wir:

Ausreichende Kinderbetreuungsplätze für u2 und u3 Kinder bis zur Beendigung der Grundschule.

Aufbau von Sozialarbeit in Kitas mit besonderem Bedarf.

Sicherung und weiterer bedarfsgerechter Ausbau einer qualifizierten Schulsozialarbeit; dabei Personal für Koordination und Netzwerkarbeit.

Die Sicherung und den Ausbau der offenen Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit; möglichst auch stadtteilorientiert.

Mehr verkehrsberuhigte und autofreie Zonen in Wohngebieten, damit Kinder vor der Haustür sicher spielen können.

Weiterer Aufbau einer Straßensozialarbeit (Streetwork) an Brennpunkten.

Sicherung der Orte, an denen sich Jugendliche unbeaufsichtigt treffen können.

2. Armutsbekämpfung als Kinderschutz.

Armut ist das größte Risiko für die kindliche Entwicklung und in der Regel basierend auf Familienarmut. Sie ist auch in unserer Stadt ein zunehmendes Problem. In Witten und dem EN-Kreis gibt es viele Initiativen, um die Folgen von Armut zu lindern.

Witten braucht einen runden Tisch gegen Kinderarmut, die Entwicklung einer abgestimmten Jugend-, Gesundheits- und Sozialplanung, die langfristige Sicherung von bestehenden, erfolgreichen Projekten für die Zielgruppe benachteiligter Kinder. Der Ausbau weiterer, wohnortnaher Angebote in den Stadtteilen für benachteiligte Kinder, Jugendliche und ihre Familien wie Schuldnerberatung, Sozialberatung, Erziehungsberatung, Familienbildung möglichst in den Quartieren muss gewährleistet sein.

Die frühen Hilfen (KIWI) müssen weiterhin gesichert werden; kostenlose und speziell für die Zielgruppe benachteiligter Familien konzipierte Kurse, Angebote von Familienhebammen usw. sollten in benachteiligten Quartieren ausgebaut werden.

Das bürgerforumwitten fordert weiterhin die Unterstützung von außerschulischer, auch kultureller Bildung, z.B. kostenlose Musikschulangebote, Sportvereine, usw. und die Einführung eines Schulfrühstücks an Schulen bei entsprechendem Bedarf.

3. Kinder schützen.

Kinder haben ein Recht auf ein sicheres und ein gewaltfreies Aufwachsen. Das ist Aufgabe der Familien, aber auch des ganzen Gemeinwesens. In Witten müssen wir kontinuierlich die Rahmenbedingungen dafür gestalten. Wir sollten darüber wachen, dass Kinder und Jugendliche vor Vernachlässigung, körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt geschützt werden. Wir müssen Ihnen und ihren Familien zeitnah, ja sogar möglichst präventiv geeignete Hilfen anbieten.

Notwendig sind:

Stärkung und den Ausbau von präventiven Angeboten im Bereich der Jugendhilfe – z.B. den Ausbau von Familienbildung, Beratungs- und Gruppenangeboten für Familien, Eltern, Kinder und Jugendliche im Sozialraum.

Bessere Vernetzung von Ressourcen für die Familien und für die Fortbildung, Supervision und Netzwerkarbeit der Jugendhilfe mit KinderärztInnen und Kinderklinik.

Weiterentwicklung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder psychisch kranker Eltern und für psychisch kranke Eltern.

Witten braucht eine gute personelle Ausstattung des Jugendamtes, insbesondere der Bezirkssozialarbeit.

VI. Bildung.

Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Wohlstand, zum Selbst- und Weltverständnis.

Schulen in Deutschland und auch in Witten sind immer noch zu wenig durchlässig. Die soziale Ungleichheit wird durch Schule zu wenig ausgeglichen. Trotz gleicher Intelligenz haben Kinder aus unteren sozialen Schichten nicht dieselben Chancen wie Akademikerkinder.

Deshalb ist auch das Ziel des bürgerforumwitten, kein Kind zurückzulassen.

Schule muss mit einem rasanten technologischen Fortschritt sowie hohen gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Anforderungen umgehen. Hierfür sind gute pädagogische Konzepte erforderlich sowie Raumstrukturen, die hierzu passen und eine moderne digitale Ausstattung. Die Anforderungen an Schulen sind komplexer denn je – vom „Lernen im Gleichschritt“ zu einem Unterricht, der jedem Einzelnen gerecht wird, von der Halbtagschule zur Ganztagschule, vom gegliederten Schulsystem zur inklusiven Schule – darum brauchen Schulen eine entsprechende Ausstattung – materiell und personell.

1. Witten braucht eine **moderne Schullandschaft**, die den Anforderungen der veränderten Schülerschaft mit unterschiedlicher Herkunft und Fähigkeiten durch Integration, Inklusion und der Digitalisierung gewachsen ist. Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktioniert nur, wenn ausreichend Plätze in Kindertagesstätten und offenen Ganztagschulen (OGS) vorhanden sind.
Für die Gleichheit der Bildungschancen müssen der Betreuungsschlüssel, individuelle Förderung, gesunde Ernährung und sportliche Angebote verbessert werden.
Ebenso muss die Schulsozialarbeit weiter bedarfsgerecht ausgebaut werden. Arbeit, Kommunikation und Regeneration müssen in eine altersangemessene Balance gebracht werden.
Neben der Mensa sind Spiel- und Sportangebote erforderlich, Orte für stilles Arbeiten, Nischen zum Nichtstun, Cafeteria mit Spielesammlung und Internetplätzen u.v.m.
2. Durch **Sanierung, Umbau und Renovierung** sollen möglichst flexible Raumkonzepte erschlossen, eine konsequente Schallreduktion auch in Treppenhäusern und Turnhallen, mehr Licht, bessere Lüftung sowie ausreichend Bewegungsfläche geschaffen werden. Eine gesunde Schule muss Bewegungsanreize in Pausenzeiten schaffen.
3. **Schulmensen brauchen Aufenthaltsqualität und gesundes Essen.** Frisches Obst und Rohkost sollten fest zum Angebot gehören. Die SchülerInnen sollten bei der Zubereitung beteiligt werden.

Die wechselseitige Nutzung zentraler Funktionsbereiche in Schulen ermöglicht die Refinanzierung von Geräten/Ausstattung, wenn z.B. Computerräume für Erwachsenenbildung am Abend genutzt werden.

VII. Frauen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt

... heißt es im Grundgesetz (Art.3 (2)). 1994 wurde deshalb Artikel 3 um den Satz erweitert: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

In der gesellschaftlichen Realität - auch in Witten - ist das noch lange nicht so.

Auch bei uns ist die Berufstätigkeit von Frauen noch unterentwickelt, sitzen meist Männer in den Chefetagen und auf den gut dotierten Posten im Management, immer noch wird viel zu oft eben nicht der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit gezahlt. Frauenarbeitsplätze sind oft prekär, gelten als minderwertig und werden schlechter angesehen und bezahlt. Das muss sich ändern und das bürgerforumwitten unterstützt entsprechende Forderungen von Frauenverbänden und Gewerkschaften.

Ein besonderer und konkreter Zusammenhang, der eine Verbesserung verhindert, ist die fehlende Kinderbetreuung.

Ein wichtiges Anliegen ist ein breiter gesellschaftlicher Einsatz für den Schutz vor Gewalt.

Es kann nicht weiter toleriert werden, dass in Deutschland fast jeden Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet wird! Femizide, körperliche und seelische Misshandlungen, frauenfeindliche Werbung müssen benannt und verhindert werden.

Daran müssen Männer und Frauen gemeinsam arbeiten- die Scham muss die Seite wechseln! Wir achten besonders auf sexistische Darstellungen und entwürdigende Fotos von Frauen und Mädchen in Presse und Werbung und nehmen dazu Stellung.

1. Berufstätigkeit von Frauen ermöglichen.

Obwohl sicherlich in der Vergangenheit für Frauen viel erreicht worden ist, fehlen noch immer ausreichende, wohnortnahe Kinderbetreuungsplätze, hauptsächlich für u2 und u3 Kinder.

Das bürgerforumwitten fordert deshalb den weiteren Ausbau der Betreuungsangebote. Wichtig ist nicht nur ein Ausbau der Plätze, sondern auch eine flexible Gestaltung der Betreuungszeiten und eine Aufstockung des Personalschlüssels. Wir brauchen dringend mehr qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher und Hilfskräfte, um für Eltern planbare Öffnungszeiten sicherzustellen und für Kinder ein sicheres und förderndes Umfeld zu schaffen- Keine Verwahranstalten!

2. Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

Der öffentliche Raum gehört allen. Frauen und Kinder, aber auch Jugendliche sind oft Situationen ausgesetzt, in denen sie Angst haben und gefährdet sind. Auch Jungen und Männer können Opfer von Gewalt werden. Wir setzen uns selbstverständlich auch für ihren Schutz und ihre Rechte ein.

Das bürgerforumwitten fordert zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum mehr Präsenz von Ordnungskräften, Polizei und Streetwork im Stadtbild, besonders an Brennpunkten wie z.B. dem Rheinischen Esel, rund um die Johanniskirche, im Breddegarten, Lutherpark und anderen Orten wie z. B. dem Annener Marktplatz und bestimmten Parkplätzen in Herbede. Oft hilft auch mehr und bessere Beleuchtung, damit sich bestimmte „Angstorte“ verändern.

3. Mehr Sicherheit im privaten Raum: Schutz vor Gewalt / Hilfen bei Gewalt.

Frauen und Kinder müssen besser vor Gewalt geschützt werden. Das bürgerforumwitten fordert deshalb mehr Anstrengungen zur Prävention von Gewalt und den Erhalt und den Ausbau der vorhandenen Beratungsangebote für Frauen, die von Partnerschaftsgewalt bedroht oder betroffen sind.

Dazu gehören auch die Bereitstellung von Therapieangeboten für gewalttätige Männer und Informationsangebote zur Diagnostik und Dokumentation von Gewalt für Betroffene und (medizinische) Fachkräfte. Zufluchtsorte für Frauen und Kinder in Akutsituationen müssen gesichert und ausgebaut werden.

4. Das Frauenhaus des Kreises ist zu klein.

Das bürgerforumwitten unterstützt die Suche nach einem größeren, sicheren und adäquaten Gebäude für Frauen und ihre Kinder, die von Gewalt bedroht sind. Die Finanzierung muss gesichert sein. Zusätzlich brauchen wir in Witten die Frauenberatung, mehr Schutzräume und -wohnungen. Optimal wäre ein eigenes Frauenhaus für Witten!

Wir unterstützen die gesellschaftlichen Bemühungen um die Umsetzung der Istanbul Konvention (die Deutschland 2017 ratifiziert hat) zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Wir begrüßen das neue Gewalthilfegesetz ausdrücklich. Wir arbeiten regional und überregional vernetzt mit Frauenverbänden und Interessenvertretungen zusammen. Hier sei das Wittener Bündnis für Frauenrechte genannt.

Bei Haushaltsentscheidungen im Rat achten wir besonders darauf, dass die Belange von Mädchen und Frauen angemessen berücksichtigt werden.

Schwangerschaftsabbruch ist kein Verbrechen! Die Streichung des Paragraphen 218 ist überfällig.

VIII. Kultur.

Witten braucht kulturelles Wachstum.

Kultur ist lebenswichtig und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft unbedingt notwendig. Deswegen wollen wir den Kulturbereich unserer Stadt weiter ausbauen.

Das heißt konkret, der Kulturetat muss steigen, langfristig auf 3% des Stadthaushaltes, wie landesweit angestrebt.

Das Kulturforum ist nicht nur für seine 5 Institute zuständig, sondern hat auch die Aufgabe, die komplette Kulturszene Wittens zu fördern, die unzähligen ehrenamtlichen Akteure, Einzelkünstler, Initiativen und Gruppen, die das kulturelle Leben wesentlich bereichern. Wir wollen eine bessere Verbindung schaffen zwischen dem Kulturforum und der Freien Kulturszene, mit dem Ziel Kultur in der Gesellschaft breiter zu verankern.

Institute des Kulturforums (Bibliothek, Museum, Musikschule, Saalbau, Stadtarchiv)

Wie bereits im masterplan-kultur-witten verabredet, muss wieder eine neue Stelle im Kulturbüro für die Zusammenarbeit mit der „Freien Szene“ geschaffen werden. Das Museum braucht eine Stelle für Museumspädagogik und einen Techniker sowie Gelder für Neuankäufe. Die Musikschule braucht mehr Festanstellungen für den Unterricht. Das Programm „Jedem Kind ein Instrument“ soll wieder aufgelegt werden. Die Gebühren für den Unterricht müssen sozialverträglicher werden. Das Stadtarchiv sollte in einem eigenen Haus der Stadtgeschichte untergebracht sein, möglichst zentral.

Freie Kulturszene (alle KünstlerInnen und Akteure, die außerhalb der Institute arbeiten)

Eine bessere Förderung der „Freien Szene“, durch Verdoppelung des Fördertopfs auf mindestens 50.000 € haben wir bereits erreicht. Mittelfristig sollen es 80.000 € werden. Erfolgreiche Formate wie Nachtasyl, Wiesenviertelfest u.a. müssen angemessen und nachhaltig gefördert werden.

Förderung auch für Einzelkünstler, nicht nur Gruppen wie bisher.

Die Zusammenarbeit in der Kulturplattform und dem Kulturbeirat ist durch fehlendes Engagement aufgrund der existenziellen Krisen (Corona) gescheitert. Stattdessen muss ein neues Format etabliert werden, das mindestens halbjährlich eine Art „Runden Tisch Kultur“ realisiert. Ein Kunstpreis, jährlich wechselnd, ist wieder einzurichten für alle 6 Sparten (Musik, Theater, Bildende Kunst, Literatur, Tanz, Film und Medien), um Qualität zu fördern.

Der neu geschaffene Kulturkalender Kultura+ soll monatlich erstellt und veröffentlicht werden. Die laufenden Kosten von etwa 6000 € im Jahr und seine technische Weiterentwicklung müssen dauerhaft durch die Stadt finanziert und auf der Startseite von Wittens Homepage verknüpft sein.

Kulturelle Teilhabe aller Wittener Bürger muss gefördert werden. Es sind leicht zugängliche, offene Angebote mit niedrigen Gebühren zu schaffen. Der Saalbau soll umgebaut und zu einem Bürgerzentrum weiterentwickelt werden.

Freier Eintritt ins Märkische Museum ist bereits zusammen mit dem Kunstverein Witten und dem Förderverein realisiert worden. Das soll so bleiben.

Besonders im Kulturbereich wird deutlich, wie sich fremde Kulturen gegenseitig bereichern und Rassismus entgegenwirken können. Interkulturelle Angebote sind aus diesen Gründen besonders zu fördern.

Für die Kunst im Öffentlichen Raum, aber auch für andere Fragen wie die Denkmalpflege, braucht es einen Gestaltungsbeirat, in dem Behörden mit Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten.

Ein weiterer Schlüssel ist eine verbesserte verstärkte Zusammenarbeit mit der Universität, Wittener Schulen (Kultur-Führerschein für Grundschüler), der VHS und Wittener Kulturträgern sowie gesellschaftlichen Gruppen.

Die Rechtsform des Kulturforums als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) muss überprüft werden. Neben den Vorteilen, die vor allem in der eigenständigen Finanzierung liegen, hat diese Form auch erhebliche Nachteile.

Ausgelagert arbeitet das Kulturforum isoliert für sich und braucht eine eigene Immobilienverwaltung (18% des Etats), Personal- und Finanzabteilung etc.

Als Kulturstadt wären neue Synergien zu schaffen durch die verbesserte Zusammenarbeit mit anderen städtischen Stellen, besonders im Bereich von Stadtmarketing und Tourismus, dem Schulamt, dem Jugendamt wegen der Jugendkultur, dem Kinder und Jugend Parlament etc.

Ein gemeinsames Marketing ist anzustreben. Darüber hinaus wäre das Amt bei Grundsatzentscheidungen wieder zugänglich für Bürgerinitiativen, -begehren und Bürgerentscheide. Die gesamte Immobilienverwaltung käme wieder zur Fachverwaltung Liegenschaftsamt, ebenso das Personal- und Finanzwesen. So wäre eine Konzentration auf die eigentliche Kulturarbeit in Witten leichter.

Witten braucht eine qualifizierte Diskussion zu dem Thema.

IX. Sport.

Für Witten ist der Sport mit all seinen Facetten heute ein wichtiger Standortfaktor, der eine imagefördernde Wirkung besitzt.

In Witten gibt es im Stadtsportverband über 60 Vereine mit mehr als 22.000 Mitgliedern. Die Sportler treffen sich regelmäßig in den verschiedensten städtischen Sportstätten.

Es gibt auch viele vereinseigene Sportanlagen, wie z. B. Tennisplätze, Reit-, Schieß- und Tanzsportanlagen, in denen die Sportler ihrem Hobby nachgehen können.

Der Sport in Witten begeistert nicht nur Bürgerinnen und Bürger mit einem vielseitigen und attraktiven Sportangebot, sondern auch ein bundesweites Publikum mit Wettkämpfen und Turnieren.

Daher sprechen wir uns für den Erhalt der Sportförderung aus und plädieren dafür, diese weiter auszubauen. Der Sport in Witten muss seine Orientierung am Gemeinwohl behalten. Die Gelder des Landes direkt in die Sportförderung bzw. in die Sportinfrastruktur fließen, der teilweise marode Zustand unserer Sporthallen verlangt das.

Auch der Neubau einer dritten Sporthalle in der Innenstadt darf nicht in Vergessenheit geraten. Durch die Errichtung der dritten Gesamtschule ist das noch dringender geworden. Vereine mit aktiver Jugendarbeit sowie Vereine, welche in Kooperationen mit bildungsnahen Einrichtungen arbeiten, leiden am Mangel an qualifizierten Übungsleiterinnen und -leitern. Das betrifft insbesondere den Schwimmsport, oftmals eine Folge der allgemeinen Unterfinanzierung.

Es gilt, Kooperationen weiter auszubauen und zu fördern.

Darüber hinaus plädieren wir für den Erhalt und Betrieb der vier Lehrschwimmbecken in Witten.

Wir fordern, bestehende Sportflächen, Wälder mit Rundwegen und Parks um sinnvolle Freizeitelemente wie Slacklines, Trimm-Dich-Pfade oder Rundlaufwege zu erneuern, bzw. zu ergänzen.

X. Gesundheit.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bezeichnet Gesundheit als einen Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und des Fehlens von Krankheit und Gebrechens.

Gesundheitspolitisches Hauptziel ist eine medizinisch hochwertige und nachhaltige Patientenversorgung. Sie muss sich an erster Stelle an einem wissenschaftlich messbaren Bedarf orientieren und die Vielzahl der Therapieansätze berücksichtigen. Die medizinische Indikation und ethische Grundsätze sind allein maßgeblich. Die wirtschaftlichen Interessen verschiedener Dienstleister im Gesundheitswesen werden diesem Ziel nachgeordnet und eine leistungsgerechte Honorierung wird angestrebt. Dabei ist aber auch auf die Eigenverantwortung, die Selbstbestimmung und Mitarbeit des mündigen Patienten zu setzen.

Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie elementar notwendig eine gute Gesundheitsversorgung ist. Keinesfalls dürfen Krankenhäuser Materialbeschaffung und Bezahlung von Ärzten und Pflegepersonal den Marktgesetzen unterworfen sein mit ihrem Zwang zur Rentabilität, Kosteneinsparung und Billigproduktion. Das Geld darf nicht darüber entscheiden, wer beatmet wird und wer nicht.

Auch die vielen Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die alten Modelle der Beitragszahlung nicht mehr für die ausreichende Finanzierung sorgen können.

Mittelfristig sieht das bürgerforumwitten eine Lösung darin, die gesamte Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft in die Finanzierung unseres Gesundheitssystems mit einzubeziehen.

In Krankenhäusern und ambulanten Diensten fehlen eklatant Pflegekräfte. Deren Ausbildung und Bezahlung ist massiv zu verbessern, es müssen schnell Pflegekräfte eingestellt werden (bundesweit ca. 100.000).

Die voranschreitende Digitalisierung im Gesundheitswesen ist gleichzeitig Fluch und Segen. Einerseits sind verschiedene Abläufe schneller und einfacher organisierbar, andererseits ist die Vorstellung vom gläsernen Patienten problematisch. Bei diesem versuchen Apparate und digitalisierte Abläufe den Arzt mit seinen Erfahrungen zu ersetzen. Aber gerade diese Erfahrungen und die Sensibilität sind für den Heilerfolg entscheidend.

Gesundheit hat eine übergeordnete Bedeutung in unserem Leben. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden auf Bundes- und Landesebene festgelegt. Im Kommunalbereich muss es in konkrete Feinarbeit umgesetzt werden. In Witten haben engagierte Ärzte versucht, einen vernünftigen Ansatz zur Kostenreduktion, Krankheits- und Leidensvermeidung und der Gesundheitsförderung zu wagen. Sie haben wissenschaftlich fundierte, hochqualifizierte Kurse in einem Wittener Zentrum etabliert. Hier ging es um die Vermittlung von Informationen und Fähigkeiten in den Bereichen Bewegung, Ernährung und Entspannung.

Auch wenn es letztlich an der fehlenden Unterstützung durch viele gesetzliche Krankenkassen scheiterte, bleibt die Erkenntnis, dass wir uns für die Gesundheitsförderung weiterhin einsetzen müssen.

Die Stadt als große kommunale Arbeitgeberin sollte neben der normalen betrieblichen Gesundheitsvorsorge mit gutem Beispiel vorangehen und alles für eine qualifizierte Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter tun, z.B. die Nutzung von Fahrrädern auf dem Weg zur Arbeit unterstützen, das Angebot von gesunden Nahrungsmitteln am Arbeitsplatz fördern und Kurse und Möglichkeiten zur Stressbewältigung anbieten.

Bezüglich einer gesunden Ernährung bedarf es eines Umdenkens. Besonders in Schulen sollte Wert gelegt werden auf gesunde, nachhaltig produzierte Nahrungsmittel, die möglichst zusammen mit der Schülerschaft zubereitet werden.

Entspannungsübungen am Arbeitsplatz und in der Freizeit sollten öffentlich gefördert werden, nicht nur in der Stadtverwaltung und kommunalen Einrichtungen.

Auch Maßnahmen, die den Lärm reduzieren werden, wir angehen. Dieser ist extrem krankmachend und verursacht einen hohen Adrenalinausstoß im menschlichen Körper. Verkehrslärmmessungen durch das Ordnungsamt sollten vermehrt durchgeführt werden.

So sollen Lärm und Stress im Alltagsleben wie auch Trinkwasserverunreinigung und Luftverschmutzung, auch Bestandteil kommunal-politischer Entscheidungen sein. Diesbezüglich gibt es Initiativen vieler Städte zu einer Aktion des BUND, denen sich die Stadt Witten anschließen sollte.

XI. Stadtentwicklung.

Die Stadt der Bürgerinnen und Bürger.

Alle Planungen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung bedürfen einer Zusammenarbeit der Bereiche Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit. Isolierte Teilplanungen, wie bisher üblich, machen keinen Sinn. Statt kurzfristiger Maßnahmen ist eine langfristige, nachhaltige Orientierung erforderlich. Die beteiligten Dezernate und Ausschüsse sollten enger zusammenarbeiten, um zu einer gemeinsamen Planung zu kommen.

Wir brauchen ein neues Wirtschaftsförderungskonzept, das Investitionen in den Wirtschaftsraum Witten attraktiv macht durch niedrigere Gewerbesteuern, bezahlbare Mieten und zeitgemäße Nutzungsideen für gewerbliche und private Räume. Dazu sind die Bedürfnisse und die Initiativkraft der Menschen in den Quartieren grundsätzlich einzubinden. Vorhandene Freiräume nutzen wir, um Entwicklungen einzuleiten. Diese werden wir im Rahmen der Stadtentwicklung für Eigeninitiativen der Anwohner verfügbar machen. So kann es das gemeinsame Betreiben eines leerstehenden Ladengeschäftes sein oder die Möglichkeit, eine kommunale Freifläche z.B. zu einem Abenteuerspielplatz oder Nachbarschaftstreff zu gestalten. Sinnvoll ist auch die gemeinnützige, nicht kommerzielle Nutzung öffentlicher Räume.

1. Klima- und Naturfreundliche Stadtplanung

Hitzeperioden und Starkregenereignisse sind Folgen der menschen-gemachten Klimakrise. Die Erderwärmung und der Verlust vieler Tier- und Pflanzenarten fordern auch die Städte und Kreise zu einem Umdenken und einer Neuorientierung auf.

Die Verschmutzung der Gewässer, besonders des Grundwassers, sind Folgen monokultureller Land- und Forstwirtschaft, die intensiv chemisch gestützt wird. Darauf zu reagieren, wird mehr und mehr zu einer Existenzfrage.

Die fortschreitende Erderwärmung und die damit verbundenen Veränderungen in unseren Landschaften und Städten veranlassen uns, an einem bestimmten Punkt zu stoppen, der Natur zu helfen, sich zu regenerieren und widerstandsfähig zu sein.

Wir halten es für verantwortungslos, die Auswirkungen der Klimaveränderung den nachfolgenden Generationen aufzubürden.

Städte heizen sich in Hitzeperioden aufgrund der vielen versiegelten Flächen besonders auf. Diese Flächenversiegelung führt bei Starkregenereignissen zu Überflutungen, welche über die Kanalisation und Flüsse abfließt. So wird zu wenig Wasser dem Grundwasser zugeführt.

Was also kann die Stadt Witten tun?

Grundsätzlich die Flächenversiegelung stoppen, und wo möglich, auch Flächen entsiegeln, so dass wieder mehr Grundwasser entstehen kann (Schwammstadt).

Für Dürreperioden ist es ratsam, sowohl privat als auch öffentlich Regenwasser zu speichern.

Mehr Überflutungsflächen entlang der Ruhr entspannen Starkregen-ereignisse.

Um die Überhitzung der Stadt in Hitzeperioden abzumildern, helfen mehr Grünflächen und auch Wasser in der Stadt.

Dach- und Fassadenbegrünungen sind geeignete Maßnahmen mehr Grün in die Stadt zurückzuholen. Die vielen Flachdächer entlang der Bahnhofstraße eignen sich für einen großflächigen Dachpark. Wenn dieser öffentlich zugänglich ist, wird die Innenstadt insgesamt attraktiver.

Hier nur einige Beispiele möglicher klimapositiver Umsetzungen in unserer Stadt:

- Der Betriebshof bleibt an seinem bisherigen Standort und in der Hand der Stadt Witten.
- Er wird schrittweise saniert mit möglichst viel Erhalt vorhandener Bausubstanz und Weiternutzung vorhandener Baustoffe (Kreislaufwirtschaft).
- Darüber hinaus wird er ökologisch ertüchtigt mit Dachbegrünung, Photovoltaik und Regenwassernutzung. Auch notwendige Erweiterungen können unter dem Gesichtspunkt sparsamen Umgangs mit Materialien und Energie erstellt werden. Ebenso sind hier eine Flächenentsiegelung und Begrünung erforderlich.
- Auf dem ehemaligen Böhmergelände könnte ein geothermisches Nahwärmekonzept für Annen entwickelt werden, ein Pilotprojekt zur CO₂-freien Wärmewende.
- Die Umsetzung des Flächennutzungsplanes zur Umwandlung des Humboldtplatzes von einer Autoparkfläche in einen innerstädtischen Park ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer klimaresilienten Stadt.
- Die Umwandlung eines Teiles der Wiesenstraße in eine Fußgängerzone, mit mehr Grün für die beliebte Café und Kneipenmeile.
- Mehr Aufenthaltsqualität in der Innenstadt kann durch eine einspurige Linienführung der Straßenbahn erreicht werden. Dabei denken wir an weitere Cafés, Wasserspiele, Begrünung und Trinkbrunnen.

2. Quartiersentwicklung

Die Quartiere (die Stadtteile) sind Mittelpunkt des Lebens und Arbeitens. Wir streben an, sie so zu entwickeln, dass sich die meisten täglichen Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigen lassen. Dafür erforderlich ist eine wohnungsnahe Grundversorgung mit Lebensmitteln, Ärzten und sozialen Einrichtungen, die Begegnungsmöglichkeiten schaffen und der zunehmenden Vereinsamung entgegenwirken. Damit sich Stadtteile verjüngen, sind solcher Art kreative Lösungen erforderlich, die andere Lebensmodelle ermöglichen.

3. Wohnen

Die Alterung der Gesellschaft und der Zuzug von Studierenden sowie Einwanderern werden auch in den kommenden Jahren die Wohnbedürfnisse in unserer Stadt verändern. Zusätzlich erhöht die wachsende Zahl von Singlehaushalten den Druck auf den Wohnungsmarkt.

Wir benötigen für alle Bürgerinnen und Bürger ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnungsformen. Gemeinschaftsprojekte für alle Generationen unter einem Dach ermöglichen niederschwellige Angebote und Sozialkontakte, die im Bereich der Pflege und Kinderbetreuung wegweisend sind. Auch studentisches Wohnen kann hier eingebunden werden.

Sozialer Wohnungsbau muss in Zeiten von Altersarmut und Einkommensschere wieder mehr Bedeutung erlangen und realisiert werden. Wohnbauförderung soll sozial nachhaltig sein, indem die Wohnungsgenossenschaften bevorzugt unterstützt werden. Hierbei steht die Rendite nicht im Vordergrund.

Besondere Aufmerksamkeit gilt es dem barrierefreien Wohnen zu widmen, damit Menschen mit Einschränkungen gleichberechtigt am Leben teilhaben können.

Für eine Aufwertung der Lebensqualität in der Innenstadt ist die Nutzung geschützter Räume sehr bedeutsam. Besonders für spielende Kinder sollten Hinterhöfe einen sicheren, naturnah gestalteten Ort bilden.

4. Gewerbe

Witten hat nur noch wenig Flächen für Gewerbestandorte zur Verfügung. Daher ist die zügige Entwicklung der Industriebrache „Thyssen Gelände“ wichtig.

Die angestrebte Umnutzung des Vöckenbergs, eines wertvollen alten Kulturbodens in Gewerbefläche, widerspricht allerdings allen Klimazielen, dem letzten Ratsbeschluss hierzu und dem Anliegen der Bürgerinitiative vor Ort.

Das Böhmergelände ist ein positives Beispiel für Wandel und eröffnet neue Möglichkeiten gewerblicher Nutzungen.

Der Niedergang der Fußgängerzone, die Bahnhofstraße, ist ein Sinnbild für die Änderungen des Konsumverhaltens der Menschen. Der stationäre Handel verliert an Bedeutung gegenüber dem Onlineversand. Das seit vielen Jahren leerstehende ehemalige Galeria-Kaufhof-Gebäude und die dazu gehörende Tiefgarage drängen auf eine schnelle Lösung, die z.B. Wohnen, Büroflächen, Handel, Ateliers und Gewerbe möglich macht.

Über eine möglichst vielfältige Neunutzung der Räume nachzudenken, bedeutet, alle Beteiligten einzubeziehen; also die Eigentümer, Stadtgesellschaft mit ihren vielen Vereinen, der Standortgemeinschaft, Gründer oder auch Inhaberinnen und Inhaber kleiner Geschäfte. Aus solchen Initiativen, denen an Investitionen in die Attraktivität gelegen ist, kann wieder eine belebte Zone entstehen.

5. Verkehr

Der Masterplan Mobilität ist umzusetzen.

Die Verkehrsbelastung unserer Stadt und deren BewohnerInnen durch Feinstaub, Lärm und Flächenanspruch generell und insbesondere in der Innenstadt ist zu hoch. Lärm und Abgase sind krankmachend und die Parkplatzsituation ist nicht zufriedenstellend.

Trotz entsprechender Schutzmaßnahmen belastet der Verkehrssektor nach wie vor Städte und Bevölkerung erheblich.

Allgemein liegt der CO₂-Ausstoß des Verkehrs in Witten mehr als 20% über dem Bundesdurchschnitt. Insgesamt hat der KFZ – Verkehr in unserer Stadt dabei etwa 80% Anteil.

Mit 8% öffentlicher Personen-Nahverkehr und 60% KFZ sind die Verkehrsmittel zu stark auf das Auto ausgerichtet.

Daher müssen die verschiedenen Zweige des Verkehrs, die Stadtentwicklung und alle weiteren relevanten Faktoren ineinandergreifen, um die notwendige klimafreundliche Verkehrswende zu erreichen.

Ziele

Alle vorhandenen städtischen und regionalen Verkehrskonzepte sind laufend zu aktualisieren, eine bessere Zusammenarbeit aller Stellen und Behörden ist geboten.

Bereits beschlossene Konzepte müssen durch gute Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

Ohne die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist eine Veränderung im

Verkehrssektor nicht möglich. Entsprechende Bürgerbeteiligungen sind von Beginn an durchzuführen.

Maßnahmen

1. Fußgänger, Radfahrer und E-Scooter

Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt und den Stadtteilzentren ist zu verbessern: Begrünung von Flächen, sehr viel mehr Bäume und Pflanzen, Bänke, Cafés usw., Förderung von Kunst & Kulturorten, attraktivere Einzelhändler- und Servicegeschäfte, z. B. Wiesenstr. Casinostraße, Kornmarkt.

Ausbau und Neuerrichtung attraktiver Fußgängerzonen.

Die Anzahl der Modelle und des Radverkehrs nehmen insgesamt ständig zu wie z.B. Lastenräder, Anhänger, Dreiräder usw.

Um diesem Trend zu folgen, müssen mehr Fahrradstraßen und -trassen eingerichtet werden. Rad-Parkboxen, -bügel, sowie Sharing-Angebote sind ebenfalls auszuweiten.

Witten braucht eine beschleunigte Realisierung des Radwegekonzepts.

E-Scooter – Diese Bereicherung unserer Mobilität muss so organisiert werden, dass das wilde Abstellen verhindert wird. So kann Witten ähnlich wie Wuppertal besondere Abstellflächen ausweisen, die für das Parken genutzt werden müssen.

2. Busse und Bahnen, ÖPNV

Es sind mehr Elektro-Bus-Linien einzurichten, die häufiger befahren werden, ergänzt durch Auf-Abruf-Angebote, deutliche Fahrpreissenkungen und mehr Ringsysteme.

Straßenbahn – Logistik-Tram mit Lastenrädern, Verlängerung bis Heveney, nach Möglichkeit bis Herbede mit Verknüpfung zur Ruhrtalbahn für den Personenverkehr zwischen Hattingen - Herbede - Nachtigall - Wetter - Hagen

Güterverkehr: so weit wie möglich Verlagerung vom LKW auf die Schiene – z.B. der Deutsche Edelstahl Werke.

Seilbahn: für die Zukunft planen und bauen zwischen den Unis in Bochum über Zeche Nachtigall, Witten – Uni Witten/Herdecke – Uni Dortmund.

3. KFZ

Der fließende Verkehr muss so geleitet werden, dass aufgrund der Lage Wittens mit den Stadtteilen und der Innenstadt ein sternförmiger Ausbau möglich ist. Eine Umfahrung der Innenstadt im Sinne eines Ringsystems, macht eine generelle Verkehrsberuhigung im Zentrum möglich.

Tempolimit 120 muss auf den Wittener Autobahnen gelten, auf Landstraßen 80 und Tempo 30 in der Innenstadt und den Stadtteilzentren, wie von der Gewerkschaft der Polizei und zahlreichen Umwelt- und Sozialverbänden gefordert.

Wegen des Lärms fordern wir Tempo 30 generell auf den Hauptverkehrsstraßen mit Wohnfunktion, auf der Ruhrstraße und der Hauptstraße.

Längerfristiges Ziel ist eine verkehrsarme Innenstadt mit Ausnahmen für Gehbehinderte und Anlieferungen. Ausnahmen sind Hauptverkehrsstraßen der „freien Strecke“, also Verbindungsstraßen, wie in Teilen die Herbeder Straße, der Ruhrdeich, Wetterstraße, Kohlensiepen, Dortmunder Straße, usw.

Für den ruhenden Verkehr brauchen wir ein funktionierendes Parkleitsystem mit Parkplätzen unter der Erde und in Parkhäusern für diverse Fahrzeuge. Standorte sollen sein: Bahnhof/Saalbau, Kornmarkt/Rathaus, Marienhospital, Heveney, Zeche Nachtigall, Uni, Stadtteilzentren.

Zur Verkehrswende sollen ebenfalls E-Ladesäulen und Car-Sharing Angebote beitragen. Güterverkehr gehört generell auf die Schiene, Lieferverkehr in der Stadt nach Möglichkeit

eventuell auf die Straßenbahn. Wir brauchen neue Konzepte für die „letzte Meile“. Abstellplätze für LKW mit Übernachtungsmöglichkeiten für Fahrer müssen eingerichtet werden.

4. Herbeder Brücken

Die derzeitigen Planungen von Straßen.NRW und der Stadt Witten zur Erneuerung der Herbeder Brücken würden den Stadtteil für mehrere Jahre unzumutbar belasten, die geplante Vollsperrung bedroht Gewerbetreibende, Firmen und Bewohner existenziell. Der Arbeitskreis Herbeder Brücken hat demgegenüber Planungen erarbeitet, die mit einem Gewerbeabzweig vor Neubau der Omegabrücke eine sinnvolle Alternative darstellt. Die entsprechende, von uns unterstützte Bürgerbewegung war mit einer Sammlung von 3500 Unterschriften sehr erfolgreich und dies hat dazu geführt, dass dem Willen der Herbeder Bevölkerung und anderer Betroffener stärker Rechnung getragen wird. Bei Konflikten ist eine Bürgerwerkstatt als „Bürger-Dialog“ einzurichten. Wir fordern eine angemessene Ertüchtigung der Lakebrücke inkl. Hochwasserschutz.

XII. Wirtschaft, Arbeit und Soziales.

Miteinander und füreinander.

1. Wirtschaft

Wirtschaftlicher Erfolg kann in Deutschland nur durch hohe Qualität der Produkte, durch Nachhaltigkeit, Innovationen und zukunftsorientierte Waren erreicht werden.

Deutschlands Wirtschaft ist zurzeit noch abhängig vom Export. Schon allein hieraus erwächst eine Begründung für eine ausgleichende, gerechte, auf friedlichen Handel und Fair-Trade gerichtete Politik, die ein Interesse an Prosperität der Länder und Menschen haben muss. Die Klimakrise, Globalisierung und Digitalisierung zwingen uns dabei zu einer anderen Art der Produktion und des Konsums. Umweltverträglichkeit, Sparsamkeit bei den Ressourcen, Nachhaltigkeit, Fair-Trade – Beziehungen und Zukunftsorientierung sind die Kriterien, einfach nur „weiter so“ kann es nicht geben.

In Witten haben wir die Besonderheit, dass die ehemals tragende Schwerindustrie auf 33% der Beschäftigten zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist die Gesundheitswirtschaft enorm gewachsen. Die Uni, das FEZ, usw.

Witten wandelt sich, der Dienstleistungssektor wächst und wird zukünftig das Standbein sein.

2. Arbeit und Soziales

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist bedroht. Die Schere zwischen arm und reich darf nicht weiter auseinandergehen, sondern muss sich im Gegenteil schließen.

So haben in den letzten Jahren neoliberales Agieren Richtung Privatisierung sowie z.B. die Sozialgesetzgebung zu einer erheblichen Ungleichheit beigetragen: Prekäre Arbeitsverhältnisse haben auf diesem Wege zugenommen, die Reallöhne sind nicht im erforderlichen Maß mit der Produktivität gestiegen. Eines der negativen Resultate ist die ansteigende Armut, besonders die Kinder- und Altersarmut. Auch Frauen sind hart betroffen, die jahrzehntelang für Haushalt und Kindererziehung gesorgt haben, ohne dafür eine angemessene gesellschaftliche Anerkennung, gerechten Lohn oder eine ausreichende Rente zu erhalten.

In diesem Veränderungsprozess haben sich die Bedingungen nicht nur für Arbeiter und Angestellte, sondern auch für Kleinunternehmer, die Selbständigen und den Mittelstand verschlechtert, auch hier sind die Großen größer geworden und die Reichen reicher.

Weltweit agierende Firmen, die teilweise gar keine Steuern in Deutschland zahlen, müssen ihrer Verantwortung endlich gerecht werden. Sie müssen auch einen angemessenen Beitrag zahlen, die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden.

So wichtig in Deutschland das Recht auf Eigentum ist - der gesellschaftliche Zusammenhalt und die sozialen Probleme lassen sich nur lösen, wenn - wie im Grundgesetz formuliert - das Eigentum gleichzeitig verpflichtet und dem Wohle der Allgemeinheit dient (Art. 14 (2)).

So müssen sich auf der Arbeitnehmerseite auch die Löhne erhöhen, prekäre Beschäftigungen weniger werden und die soziale Absicherung stark verbessert werden. Hier muss die Bundespolitik korrigierend eingreifen. Unser Sozialstaat soll nicht geschwächt oder gar abgeschafft werden, es gilt dessen Errungenschaften zu bewahren. Zukünftig könnte unserer Ansicht nach ein bedingungsloses Grundeinkommen die Armutsprobleme in Deutschland lösen.

Alle Maßnahmen in diesem Bereich sind konsequent in Richtung Zukunftsfähigkeit zu überdenken, besonders das Klima und die Gerechtigkeit betreffend.

Der Umbau von Industrie, Dienstleistung, Gewerbe und Handel muss nach ökologischen Grundsätzen folgen und klimafreundlich sein. Hier hat Deutschland mit seiner hoch entwickelten Technologie eine Vorreiterrolle, die durchaus auch Innovationen beschleunigen kann und hilft, veraltete Techniken und bedenkliche Emissionen zu vermeiden.

3. Witten

Auf Witten konkretisiert bedeuten diese Grundsätze:

Die Stadt muss die Zukunftsfähigkeit der Industrie-Arbeitsplätze hinsichtlich des zu erwartenden technisch-ökologischen Wandels im Blick haben.

Die Industriebetriebe in Witten haben strengste Auflagen hinsichtlich schädlicher Emissionen einzuhalten. Giftige PCB-Partikel, Feinstaub und nicht zuletzt Lärmemissionen sind zu vermeiden.

Dem Leitbild der „Universitäts-Stadt an der Ruhr“ ist zu folgen. Das Augenmerk der städtischen Wirtschaftsförderung muss auf die private Universität gerichtet sein. Hier sind die Möglichkeiten, zukunftsorientierte, innovative Ideen, Konzepte und nachhaltige Produkte zu entwickeln besonders hoch. Eine Zusammenarbeit von Uni und Stadt ist zu systematisieren und zu verstetigen.

Die mittleren und kleinen Unternehmen brauchen in Witten bessere Entfaltungsmöglichkeiten, dazu gehören auch mehr Gewerbegebiete. Diese sind gut auf dem ehemaligen Thyssengelände in Annen zu errichten. Das Gelände von 80.000 m² muss ohnehin saniert und einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden.

Und immer da, wo die Stadt selbst als Arbeitgeber auftritt, muss sie Vorbild sein und die oben genannten Grundsätze müssen berücksichtigt werden.

Dem Trend, städtische Leistungen auszulagern, d.h. an private Dienstleister zu übertragen, ist entgegenzuwirken. In der Regel wird die Leistung für die Bürger hierdurch teurer und/oder schlechter.

Bauten, die mit öffentlichen Geldern errichtet werden, sind streng nach Maßstäben der Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit zu errichten.

Besonders bei der Beschaffung für städtische Einrichtungen, angefangen beim Papier über Kleidung und Wäsche bis hin zu Geräten und Fahrzeugen ist generell die Ökologie und Fair-Trade zu beachten.